

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

"Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge böherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatiich, zuzüglich Zusteligebühr, Anzelgenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

NUMMER 113 A

BERLIN • Sonntag, den 15. Mai 1932

1 JAHRGANG

Reichsbankpräsident für Planwirtschaft

Der Hüter der deutschen Währung für "geldlose Hilfswirtschaft".

Der Reichsbankpräsident Luther wehrt seit Wochen und Monaten den Ansturm derer ab, die von ihm verlangen, zur Ankurbelung der Wirtschaft durch Kreditausweitung zu helfen, auch auf Kosten der Stabilität der Währung, - die ja allerdings zur Zeit nur künstlich am Leben erhalten wird hinter einem Wall der verschiedenartigsten Schutzmaßnahmen.

Wohl aus dem Gedanken heraus, neben sein erfreulicherweise festgebliebenes "nein" positive Vorschläge zu setzen, hat Luther eine "Skizze" verfaßt unter der Ueberschrift:

"Gedanken zur Prüfung der Frage, ob durch geldlose Wirtschaft hilfswirtschaftliche Maßnahmen möglich sind."

Der Hugenbergsche Handelsdienst veröffentlicht, wie wir von der Reichebank auf Anfrage hören, zufolge einer Indiskretion eine Zusammenfassung der wesentlichen Gedanken der Skizze. An diese Zusammenfassung halten wir uns bei der folgenden Darstellung, da der Text der Skizze nicht vorliegt und auch, wie wir hören, von der Reichsbank aus nicht veröffentlicht wird.

Im ersten Teil seiner Skizze bezeichnet Luther als das Problem der "geldlosen Wirtschaft", möglichst wenig für Material und Löhne in bar auszugeben. Nach einer Erörterung der bereits vorliegenden Vorschläge betont Luther,

einer behelfsmäßigen neben der Marktwirtschaft entste-henden geldlosen Hilfswirtschaft könne eine ankurbelnde Wirkung nicht beigemessen werden,

höchstens insofern, als gegen hypothekarische Sicherung auf die durch die Hilfswirtschaft geschaffene Werte den Siedlern Geld geliehen werden könnte zur Befriedigung sich sehr bald ergebender Bedürfnisse. Die charakteristischen Merkmale der Hilfswirtschaft sind Beschäftigung von Arbeitslosen für Arbeitslose in der Form der Arbeitsdienstpflicht oder sonstwie, dazu vielleicht Wiedererweckung von öffentlichen Leistungsverpflichtungen (wie in den sogenannten Hand- und Spanndiensten) ferner Vergütung für Land und Materialien, z. B. Holz, das zur Zeit marktwirtschaftlich nicht verwertet werden kann, wie auch für völlig eingefrorene Forderungen durch Reichsschuldverschreibungen auf längere oder lange Frist. Geldähnlichkeit muß ausgeschlossen sein, Mobilisierung durch die Reichsbank kommt nicht in Betracht. Hineingearbeitet in den Plan wird ein Vorschlag von Professor Lederer, stillgelegte Unternehmungen durch arbeitslose Arbeiter und Angestellte wieder in Betrieb zu setzen und die so erzeugten Konsumartikel an die Arbeitslosen ohne Ent-gelt zu verteilen. Es sei zu prüfen, inwieweit stillgelegte Betriebe mit Arbeitslosen in Benutzung genommen werden können und hier Produktionsgüter, die für die öffentliche Arbeitsbeschaffung benötigt werden, sowie vielleicht auch einige Gebrauchsgüter in hilfswirtschaftlich kollektiver Tätigkeit für die Erwerbslosen hergestellt werden können. Betont wird, daß die

Begrenzung der Arbeiten auf Gemeinnützigkeit und zu-sätzliche

genau innegehalten werden muß. Es sei von entscheidender Wichtigkeit — sowohl wegen der Erhaltung des eigentlichen Wirtschaftslebens wie um des Vorteiles der hilfswirtschaftlichen Maßnahmen willen — daß diese auf ganz bestimmte und konkrete Aufgaben beschränkt bleiben, die unzweiselhaft zusätzlich sind. Als hauptsächliche Arbeiten werden genannt:

Landwirtschaftliche Siedlung,

städtische Randsiedlung, Meliorationen, Straßenbau, Hochwasserschutz und Flußregulierung. Die erste Stelle nimmt hierbei die landwirtschaftliche Siedlung (besonders die sogenannte Primitivsiedlung) ein. Offenkundig sei, daß ein Teil des hilfswirtschaftlichen Programms durch Geld bestritten werden müsse, wobei auf die Prämienanleihe verwiesen wird.

Im zweiten Teil wird die Organisation des hilfswirt-Im zweiten Teil wird die Organisation des nitswirtschaftlichen Programms skizziert. wobei als Beispiel die landwirtschaftliche Siedlung gewählt ist. Der Aufbau der Siedlung soll durch Erwerbslose im freiwilligen Arbeitsdienst geschehen bei gemeinsamer Verpflegung und Unterbringung. Die Arbeitsfreiwilligen sollen, zu Gruppen zusammengesetzt, ihre Siedlungen selbst erbauen. Innerhalb des Arbeitslagers in der Landwirtschöft Unerfahrenen vorist Ausbildung der in der Landwirtschaft Unerfahrenen vorgesehen. Für die Siedlungsbauten soll in möglichst umfangreichem Maße Holz verwandt werden, das von den Gemeinden und Ländern zunächst geldlos geliefert wird, gegebenenfalls Abgabe von ausrangierten Reichsbahnwagen.

Für die Herstellung des Materials sollen gleichzeitig still-gelegte Betriebe durch Arbeitslose in Betrieb genommen werden - "Selbsthilfebetriebe",

Die Einstellung in die Selbsthilfebetriebe erfolgt gegen Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung ohne Lohn-anspruch evtl. unter Gewährung gewisser Vergünstigungen. Das in Anspruch genommene Land ist durch Reichsschuldverschreibungen zu bezahlen, desgleiehen das Holz und Reichsbahnwagen. Die Eigentümer der Selbsthilfebetriebe erhalten Anspruch auf Vergütung für Abnutzung der Anlagen und eine die tatsächliche Kapitalverzinsung berück-

Das Gespenst Rußland. I Völkerbundsdebatten im englischen Unterhaus.

Im englischen Unterhaus kam es vor der Pfingstpause noch zu einer eingehenden Aussprache über die Abrüstungskonferenz und die dort aufgeworfenen Probleme. Der Außenminister SIMON eröffnete die Aussprache mit einer längeren Rede, in der er die Abrüstung auch der Siegerstaaten als notwendig zugab, die deutsche Forderung der Gleichberechtigung und die französische der Sicherheit für wichtig und berücksichtigenswert erklärte, eine Kombination der quantitativen und der qualitativen Abrüstung forderte, kurz: in der er fast alle in Genf behandelten Fragen streifte, ohne auch nur zu einer entschieden Stellung zu nehmen. Sowohl - als auch!

Interessanter waren die Diskussionsreden. LANSBURY (Arbeiterpartei) griff die laue Stellung Simons und die verfahrene Situation energisch an. Inhaltlich schloß er sich den französischen Forderungen auf Internationalisierung der wichtigsten Angriffswaffen, zunächst der Luftfahrt an.

Das meiste Aufsehen erregte die Rode des Konservativen CHURCHILL. Er wandte sich nachdrücklich gegen die deutsche Forderung der Gleichberechtigung. Von einem Ausgleich zwischen dem deutschen und dem französischen Rüstungsstand erwarte er eine unermeßliche Gefährdung des europäischen Friedens. Churchill fuhr in diesem Zusammenhang fort: Man durfe auch nicht vergessen, daß an den östlichen Grenzen Europas das Gespenst Rußlands mit seinen Armeen sich erhebe und daß eine ganze Reihe von kleineren Staaten in Angst vor dem gewaltigen und ihnen unfreundlich gesinnten Rußland

AUS DEM INHALT:

Der Völkerbund soll sparen. Selbst evangelische Lehrer gegen

geistliche Schulaufsicht. Die SPD.-Fraktion in den Gewerkschaften

"Wir" und die Reparationen.

Der Vogel Phonix.

Der geplante Justizmord.

Krieg und Faschismus.

Streik im Steinsetzgewerbe.

Von Sense und Dreschflegel zum Mähdrescher.

CHURCHILL schreibt also offenbar dem französischen Heef die Rolle einer Polizeimacht zu, die gegen Rußland in Alarmbereitschaft liegen soll:

Da in England die Richtung CHURCHILL zur Zeit die politische Führung hat, wird BRUNING es schwer haben, die These von der Gleichberechtigung der Abrüstung zu verfechten. Sie wird ins Hintertreffen geraten gegenüber den Mächten, die für Aufrüstung eintreten, für das gleiche Recht, die Wehrmacht des anderen durch die eigene Wehrmacht zu übertrumpfen.

Fememörder und Genossen. Das Urteil des Schneilgerichts.

er Berlin, 13. Mai.

Am Freitag nachmittag wurde gegen die vier Nationalsozialisten Heines, Stegmann, Weitzel und Strasser das Verfahren vor dem Schnellrichter eröffnet.

Abgesehen von Strasser, der nur zugab, Klotz mündlich beleidigt zu haben, waren die Angeklagten geständig, obwohl sie natürlich Ausreden bei der Hand hatten, wonach KLOTZ sie beschimpft hätte, bevor sie ihn geschlagen hätten.

Oberstaatsanwalt Köhler stellte dann die folgenden

Gegen Heines und Stegmann wegen tätlicher Beleidigung vier Monate Gefängnis, gegen Gefängnis, gegen STRASSER wegen wörtlicher Beleidigung 100 Mark.

Heines, Stegmann und Weitzel werden zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt; STRASSER wird freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens tragen, soweit Verurteilungen

erfolgt sind, die Verurteilten, soweit Freispruch erfolgt ist, fallen die Kosten der Staatskasse zur Last.

Einen Tag vorher war vom Schöffengericht Berlin Mitte ein mit der KPD sympathisierender Arbeiter zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Er hatte am 27. Februar in der Münzstraße bei einem Altwarenhändler eine Hose gegen einem Revolver mit Munition eingetauscht, ohne einen Waffenschein zu besitzen. Als vor der Reichspräsidentenwahl National-sozialisten vor seiner Wohnung in der Naunvestraße Wahlzettel verteilten, gab er aus der Pistole zwei Schreckschiusse ab, durch die niemand verletzt wurde.

sichtigende Benutzungsvergütung, ebenfalls im wesentlichen durch Reichsschuldverschreibungen. Die Gestehungskosten der Selbsthilfebetriebe könnten infolge Fortfalls von Lohnkosten (evtl. Frachten), Sozialbeiträge, Steuern u.s. w. auf schätzungsweise ein Drittel des Produktionswertes vermindert schätzungsweise ein Drittel des Froduktionswertes vermindert werden. Hierin sind enthalten Barkosten für unumgänglich von Privatbetrieben zu beziehende Rohstoffe und Produktionsmittel, ferner mälige Vergütungen für stellenlose Betriebsleiter. Die hilfswirtschaftlichen Maßnahmen wären einem Reichskommissar mit großen Vollmachten zu unterstellen. Interessant ist hierbei der Einwand, daß auch die größten Vollmachten zur Gewährleistung des Erfolges schwerlich ausreichen würden, solange nicht durch die Durchführung der Reichsreform Reichs, und preußische Stantsgewalt zusammen. Reichsreform Reichs und preußische Staatsgewalt zusammen-gefaßt seien. Aufgabe des Reichskommissars sei auch, dafür zu sorgen, daß die Produkte der Selbsthilfebetriebe nicht auf den freien Markt gelangen. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß

nicht sogenannte planwirtschaftliche Experimente

gemacht würden, die in Deutschland nur zum Unheil ausschlagen könnten.

Im dritten Teil werden Bedenken und Vorschläge des Programms gegenübergestellt. Dem Einwand der Bevorzugung der hilfswirtschaftlich geleiteten Selbsthilfebetriebe im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsaktion, von der unzählige private Betriebe Belebung erwarteten, wird entgegengehalten, daß die Arbeiten zueätzlicher Art sind und daß, was an Geld

für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen werde, auch in Geldform ausgegeben werden soll, also auch von der Hilfs-wirtschaft her den privatwirtschaftlichen Betrieben zugute wartschaftliche Experiment auf weitere Gefehr, daß das hilfswirtschaftliche Experiment auf weitere Gebiete der privatwirtschaftlichen Betätigung übergreifen könne, sieht Dr. LUTHER nicht. Er sieht vielmehr in ihm eine Verteidigung und Ergänzung der Privatwirtschaft, also ein Hilfsmittel zur Ueberwindung der das bestehende Wirtschaftssystem bedrohenden Krise. Für den Plan spreche die psychologisch voraussichtlich günstige Wirkung des Selbsthilfegedankens auf die Erwerbslosen,

Stärkung des Vertrauens zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem,

günstige, finanzielle Wirkung auf die öffentlichen Finanzen insofern, als die Arbeitsbeschaffung ohne kreditpolitische Experimente bei sparsamster Verwendung des verfügbaren Kapitals auf eine viel breitere Basis gestellt werden kann, und schließlich die Notwendigkeit der Siedlung und anderer Arbeiten aus Gründen verschiedenster Art.

Im vierten Teil wird ein Beispiel für die beim Siedlungsbau erzielbare Verbilligung gegeben. Nach einer Berechnung der Reichsbank-Bauverwaltung würden sich unter den dargestellten Bedingungen die Herstellungskosten für eine Kleinsiedlerstelle mit Stall und Scheune von 7600 Mark (Unternehmerkosten) auf 2000 Mark (anzuschaffende Baustoffe und anteilige Fabrikationskosten) ermäßigen. Bei noch primitiverer Bauart ließe sich unter Umständen der Bargeld-Aufwand

auf 1000 bis 1500 Mark herabsetzen. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß nicht nur die finanziellen Vorteile, sondern auch psychologische und sozialpolitische Gesichtspunkte zur Inangriffnahme des Experimentes ermutigten. Ein Urteil darüber, ob die vorhandenen Bedenken zu einer Ablehnung des Gedankens Veraniassung geben, werde sich nur aus der praktischen Erfahrung gewinnen lassen. Die Not der Arbeitslosen und die politische Verantwortung drängten zur Anwendung auch ungewöhnlicher Mittel.

Bei der in Deutschland in allen Lagern gleichmäßig vertretenen volkswirtschaftlichen Unbildung halten wir es allerdings für möglich, daß die Durchführung des Lutherschen Planes das Vertrauen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem in weiten Kreisen stärkt. Doch ist der Luthersche Plan eigentlich nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß Luther selber kein Vertrauen zu diesem System mehr hat, daß er nicht glaubt, daß innerhalb dieses Systems die Krise in absehbarer Zeit überwunden oder auch nur gemildert werden

Und so wirft sich LUTHER, da er einen marktwirtschaftlichen Ausweg nicht sieht, den Projektemachern in die Arme, die neben der Marktwirtschaft, die Luther übrigens zu Unrecht eine "freie" nennt, einen "planwirtschaftlichen Sektor" aufbauen wollen. Nach dem bewährten Rezept: den Krieg vorzubereiten unter dem Ruf nach Erhaltung des Friedens, Inflationsvorschläge zu machen unter lautem Geschrei "keine Inflation!", fordert Luther Planwirtschaft unter dem Motto: Keine "planwirtschaftlichen Experimente"!

Auch wir halten planwirtschaftliche Eingriffe auf begrenztem Gebiet, für begrenzte Zeit, heute für zweckmäßig, um rasch aus der Not herauszukommen, - aber nur wenn gleichzeitig als Ursachen der Not die kapitalistischen Monopole mindestens stark beschnitten werden, wenn also gleichzeitig durch eine Verschiebung von Kaufkraft zu Gunsten der Konsumentenmassen - eben unter Zuhilfenahme gewisser planwirtschaftlicher Eingriffe - die Wirtschaft angekurbelt wird. Luthers "Hilfswirtschaft" wird aber, wie er richtig sagt, keine ankurbelnde Wirkung haben, wenigstens zunächst nicht. (Wenn Siedlung in großem Stile betrieben wird, wird sich daraus allerdings später eine ankurbelnde Wirkung ergeben; aber darauf können wir nicht warten!)

Unsere Vorschläge gehen alle darauf hinaus, unter Zuhilfenahme planwirtschaftlicher Eingriffe, die außerdem so rasch wie möglich wieder aufgegeben werden sollen, die Wirtschaft anzukurbeln. Wer die "freie Marktwirtschaft" fordert, muß in der Richtung unserer Vorschläge gehen. Wer die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft fordert und außerdem kein Vertrauen mehr darauf hat, daß sich innerhalb dieses Systems ein Krisenausweg finden läßt, der schlägt dann wie Luther vor,

ein Hilfsgerüst rund um das alte Wirtschaftsgebäude zu bauen.

Er täuscht sich aber, wenn er meint, das werde hinreichen, um die Fehler des inneren Baues "kapitalistischer Wirtschaft" zu verdecken.

Wenn ein gründlicher Umbau der Wirtschaft vorgenommen wird, so werden sich genügend Arbeiter bereitfinden, die auf Barauszahlung des vollen Tariflohns verzichten und sich einen Rest gutschreiben lassen, bis der Umbau der Wirtschaft gewigend fortgeschritten ist, bis zum Beispiel die Wohnungen und Siedlerstellen aufgebaut sind, die sie beziehen können.

Aber lediglich um das kapitalistische System zu erhalten, ein System, das selbst nach der Theorie seiner eigenen Vertreter immer wieder zu Wirtschaftskrisen führen muß dazu es Arbeitslosen zuzumuten, gegen Weiterbezug der Unterstützung ohne Lohnanspruch zu arbeiten - dieser Vorschlag ist so unerhört, daß er auf seiten der Arbeiterschaft die Empörung über das kapitalistische System nur steigern kann, statt - wie Luther naiverweise meint - das Vertrauen zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem zu stärken.

Wie stark die Krisengefahren auch für Kapitalisten wachsen, kann man geradezu daraus ablesen, wie sich die Vorschläge zur Milderung der Krise überstürzen, vor allem in den USA und in Deutschland. Vorschläge zur Beseitigung der Krise zu machen, wagt fast niemand.

Den ISK kann das Chaos der Wirtschaft und das der Heilungspläne nicht aus der Fassung bringen. Was kemmen muß, wenn die Beschneidung der Massenkaufkraft weiter betrieben wird, haben wir selt Jahren vorausgesagt. Was ge-

schehen muß, um die Krise zu mildern, um sie zu überwinden, um ihre Wiederkehr auszuschließen, auch das haben wir seit Jahren gesagt. Was in Anbetracht der verschärften Lage vom Frühjahr 1932 zu tun ist, haben wir in unserer Broschure "Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" zusammengefaßt. Die Durchführung des dort niedergelegten Programms haben wir in erster Linie den freien Gewerkschaften anvertraut, als der Organisation, die eine relativ große Macht mit dem Programm verbindet, die kapitalistische Wirtschaft durch eine sozialistische zu ersetzen.

Nur solche Maßnahmen, die nicht davor zurückschrecken, Kapitalisten hart anzufassen, bringen den Ausweg aus dieser Krise. Die gewaltige Vorantwortung dafür,

ob sie ergriffen werden, liegt angesichts der heillosen politischen Situation in erster Linie bei den freien Gewerkschaften,

nicht nur bei der Leitung, sondern auch bei sämtlichen Mit-

gliedern. Keiner kann diese Verantwortung abschieben. Jeder ist am Hereinbruch des Chaos mitschuldig. Hellmut Rauschenplat.

Der Völkerbund soll sparen.

Mißerfolge für viel Geld.

Die englische Regierung hat beim Völkerbundsrat einen Antrag eingebracht, wonach sämtliche Ausgabenposten des Völkerbundes weitgehend eingeschränkt werden sollen. Man erwartet, daß auf diesen Antrag hin die Völkerbundsversammlung im September dieses Jahres neue Sparmaßnahmen beraten wird - bis dahin wird's wohl mit dem Einsetzen von neuen Ausschüssen weitergehen wie bisher.

Die wachsende, in weitesten Völkerbundskreisen zutage tretende Tendenz auf Einschränkung der Völkerbundsausgaben geht zweifellos auf die fortgesetzten Mißerfolge zurück, die in den letzten Jahren auf sämtlichen Gebieten der Völkerbundsarbeit festzustellen sind. Es wird jetzt von den verschiedensten Seiten geltend gemacht, daß der Völkerbund in den letzten Jahren seinen Aufgabenkreis ohne zwingende Notwendigkeit und ohne jede praktischen Ergebnisse immer

weiter ausgedehnt hat und daß daher zunächst eine wesentliche Einschränkung der bisher in Angriff genommenen internationalen Fragen und damit auch eine Einschränkung der damit verbundenen Ausgaben stattfinden muß. Ferner wird insbesondere von englischer Seite auf eine weitgehende Einschränkung des allzu großen Beamtenstabes gedrängt. Es besteht die Auffassung, daß insbesondere die Informationsabteilung des Völkerbundssekretariats über einen sachlich keineswegs notwendigen, außerordentlich aufgeblähten Beamtenstab verfügt, der in keinem Verhältnis zu den sachlichen Aufgaben der Abteilung steht und lediglich zu bestimmten politischen Zwecken verwendet worden ist. Die Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten wird im Verhältnis zu der Gehaltsregelung in den übrigen europäischen Ländern jetzt aligemein gefordert und für den September als feststehend erwartet.

"Sozialdemokratische Arbeiter!"

"Wie schlagen wir gemeinsam den Faschismus?"

Mit diesem Thema hatte die KPD in Berlin fünf Diskussionsabende am Donnerstag und Freitag veranstaltet. In den Pharussälen, Müllerstraße, war der Große Saal gut gefüllt, etwa 800 Arbeiter waren anwesend.

Zu der Frage der Bildung der Einheitsfront sagte der Referent, es komme darauf an, vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Mit deren Führern komme ein Zusammengehen nicht in Frage. Natürlich, wenn sich sozialdemokratische Führer fänden, die bereit seien, mit der KP wirklich zu kämpfen, wenn sie einsähen und erklärten, daß sie sich bisher geirrt hätten, dann würde man mit ihnen zusammengehen. Aber eine solche Umstellung würde nur sehr wenigen dieser Führer möglich sein. Er sagte: "Wir haben das Vertrauen zu den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie dann, wenn die Kämpfe beginnen, zu den Klassengenossen stoßen werden."

Also: Einheitsfront unter Führung der KPD war der Sinn seiner Ausführungen, obgleich er vermied, es in dieser Form zu sagen. Ein kommunistischer Diskussionsredner holte dies dann mit aller Deutlichkeit nach.

Die Kreisleitungen der SPD, die aufgefordert waren, Diskussionsredner zu entsenden, waren dieser Aufforderung nicht gefolgt. Auch sonst sprach kein sozialdemokratischer Arbeiter in der Versammlung.

Ein Redner der "Kommunistischen Arbeiterunion" forderte die Arbeiter auf, sich über die Köpfe der Berufsführer hinweg zu einigen. Ein SAP-Redner warf der KP vor, daß sie sich nicht an die Organisationen der Arbeiter wende, nur so könne die Einheitsfront zustande kommen. Wenn es nötig sei, müsse man sich auch mit Noske an einen Tisch setzen, um mit den sozialdemokratischen Arbeitern zur Einheitsfront zu kommen. Darauf wurde es etwas lebhafter im Saal; aber der Redner konnte ungehindert weitersprechen.

Als am Schluß der Diskussion ein ISK-Genosse sprach, wurde es sehr lebhaft im Saal. Er führte aus, daß die Parole: Einheitefront unter Führung der KP ein Mißbrauch mit dem Wort Einheitsfront sei, und daß diese Parole nach der Wahls am 24. April besonders unsinnig sci, wo die KP in ihren Hochburgen, in Berlin 90 000 und Hamburg 50 000 Stimmen verloren hätte, während die SPD in Berlin

39 000 und in Hamburg 12 000 Stimmen gewonnen hätte. Die Spaltungspolitik der RGO finde darin eicherlich ihren Ausdruck. Mit dem Abbau der RGO-Politik sollte die Einheitsfrontpolitik der KPD begonnen werden.

Starken Widerspruch lösten diese Ausführungen aus und führten zu persönlichen Anpöbeleien des Redners durch die Versammlung. Offenbar ist die völlig verfahrene RGO-Politik die Achillesferse der kommunistischen Politik.

Mit dem gemeinsamen Gesang der "Internationale" wurde die Versammlung geschlossen.

Seibst evangelische Lehrer gegen die geistliche Schulaufsicht.

Der Lehrerverein Berlinchen (Nm.) nahm in einer Entschließung mit großem Befremden davon Kenntnis, daß der Kirchensenat aus "eigenem Rechte" die Einsichtnahme in den Religionsunterricht der Volks- und Mittelschulen bestimmen wolle. Darin sehen die Mitglieder des Vereins ein unberechtigtes Mißtrauen der Kirche gegen sie. Der Kreissynodalvorstand wird gebeten, bei den maßgebenden Stellen in letzter Stunde seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß keine übereilten Schritte getan werden, die das augenblickliche Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und evange-lischer Lehrerschaft trüben könnten und die bestimmt nicht zum Segen von Kirche und Schule wirken würden.

Aus diesem Protest selbst kirchlicher Lehrer gegen die Horrschaft der Geistlichen in der Schule kann man ersehen, wie wenig Grund die Regierung Preußens, dessen Kultusminister ein Sozialdemokrat ist, hat, den Geistlichen hier entgegenzukommen.

Offener Krieg gegen die Regierung Puji.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet aus Mukden, daß eine mandschurische Truppenabteilung von gegnerischen Truppen angegriffen und in die Flucht geschlagen worden sei. Die Freischärler erzielen immer weitere Erfolge. Etwa 10000 Mann ihrer Truppen sind zusammengezogen. Das habe zu bedeuten, daß der westliche Tell der Provinz Kirin sich im offenen Kriegszustand gegen die mandschurische Regierung befindet. Auch östlich von Mukden hat eine Abteilung einen großen Erfolg erzielt, indem sie die in Gefangenschaft gehaltenen Chinesen befreite.



Ein Neger - Roman yon du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur. Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(21. Fortsetzung.)

Da war zuerst die Wissenschaft der Weißen, knapp, klar und doch geheimniscoll durch den genau arbeitenden, furchtbaren Apparat, der sich vollständig der unglücklichen Leiber bemächtigte, die er in seine Gewalt bekam. Er wußte, daß manche davon geheilt zurückkamen, aber er wußte auch, daß andere durch die hohe Pforte des Krankenhauses eingetreten waren und für immer ausgelöscht blieben... Die zweite Möglichkeit war der Gott der Weißen - unbestimmt und unfaßbar wie der Wind, der da über die Flechten strich, und mit seinem Jesus, der einen wohl zu den schönsten Gesängen begeisterte, der das Herz weitete, so daß es für Augenblicke die ganze Menschheit in mitleidender Liebe umfaßte, dann aber davonging, wie der Wind verweht, und einen kalt und ernüchtert zurückließ... Wenn er keine von diesen beiden Möglichkeiten wählte, blieb als dritte nur, innerlich wieder umzukehren, die schon halbverwischte Spur zurückzuverfolgen, die tief, tief hinabführte zum Urbeginn aller Dinge, zu Symbolen, die man fassen, die man begreifen konnte, die aber so erschreckend waren - zu Ahnungen, die wie das Morgengrauen im Gehirn aufdämmerten und einem, ohne daß man darüber nachdachte, sagten, was man zu tun hatte...

Wie niedergedrückt von einer schweren körperlichen Last, saß Porgy ohne sich zu regen da, während die glitzernden Sterne droben wandelten und den Platz wechselten. -Schließlich hob er langsam das Gegicht, fuhr sich mit dem

Aermel über die feuchte Stirn und ging in sein Zimmer

Kurz vor Sonnenaufgang erhob sich Porgy von seinem Lager, um den Ziegenbock einzuspannen. Hoch über der Haifischgasse kreiste ein Geier mit ausgebreiteten Flügeln, ließ sich langsam von der Luftströmung tragen. Sein Leib und die untere Seite seiner Schwingen leuchteten rot auf, schon bestrahlt von der Pracht der Sonne, die noch unter dem Horizonte etand. Porgy sah ihn und fuhr erschrocken zusammen. Während seiner Arbeit aber wich die letzte Spur von Unentschlossenheit aus seinem Gesicht. Mit ruhigen Händen schirrte er seinen Ziegenbock an, fuhr zum Hof hinaus und nach dem Hafendamm.

Unschwer fand er seinen Mann. Mingo nahm den Auftrag und eine Handvoll Kupfer- und Nickelmunzen an, und Porgy kehrte nach Abschluß des Handels sofort wieder nach dem Hof zurück.

Maria, die gerade dabei war, ihre Garküche zu öffnen, als er zurückkam, hielt, die Hand am Fensterladen, mitten in der Bewegung inne. Sie traute ihren Ohren und Augen nicht: das Gesicht des Bettlers strahlte, und er summte leise

"Was gibt es Neues?" fragte ele. "Geht's Bess wieder gut?"

"Noch nicht", erwiderte er. "Aber ich habe in der vergangenen Nacht einen Traum gehabt, der mir riet, zu der Zauberin zu schicken. Heute abend wird das Fieber gebrochen sein!"

"Das war recht, Bruder!" antwortete Maria herzlich. "Gib acht, die Frau ist schon so gut wie gesund."

Den ganzen Tag über, während er neben Archdales Bürotür saß, summte Porgy sein Liedchen vor eich hin und verfolgte im Geist Stunde um Stunde die Fahrt des Dampfbootes. Jetzt mußte es an Kittiwar vorübergleiten - nur noch wenige Stunden, dann mußte es vor der Edivander-Insel ankommen, wo es die Nacht über bleiben sollte!

Noch im Bett rechnete or die Zeit nach, und heute beunruhigten ihn seltsamerweise Bess' Phantasien gar nicht.

Jetzt war das Schiff angelangt - sagte er sich schließlich. Maria hatte erzählt, daß die Hütte in der Nähe des Landungsplatzes läge - nun würde es bestimmt nicht mehr lange dauern, bis die Frau die Zauberformel sprach . . . Seine Errogung wuchs von Minute zu Minute. Die Hand auf Bess' fieberheißer Stirn, lag er wartend da.

In der Ferne schlug die Turmuhr der Sankt-Christopher-Kirche. Hell klirrend, als streue eine Hand kleine Goldmünzen über die schlafenden Straßen aus, klangen die Viertelstundenschläge, dann zitterten bedächtig zehn volle, tiefe Töne sonor durch das Schweigen der Nacht.

Das mußte der entscheidende Augenblick sein!

Porgy preste seine Hand fest auf Bess' Stirn, sein eigenes Gesicht war schweißbedeckt - einen Atemzug lang schien das Leben auszusetzen.

"Porgy!" sagte eine matte Stimme leise neben ihm, "Porgy - bist du da? . . . Warum sprichst du nicht zu mir?"

Des Kruppels Antwort war nur ein helles Auflachen, das ein Schluchzen erstickte.

"Gott sei Dank!" sagte er dann und noch einmal: "Gott sei Dank!"

Am Abend, der auf den Tag folgte, da der Zustand von Bess sich zum Besseren gewandt, war Maria allein in ihrer Garktiche - die Essensstunde war vorüber, die Kundschaft gegangen. Sie war an ihrem Herd beschäftigt und drehte sich darum nicht gleich um, als jemand eintrat. Als sie schließlich über die Schulter sah, hatte der neue Gast das Gesicht in den Händen vergraben, so daß sie ihn nicht erkennen konnte. Eins war jedenfalls unzweifelhaft: der Mann war betrunken, denn schon jetzt lagerte der Geruch von schlechtem Kornbranntwein schwer über dem kleinen, geschlossenen Raum.

Sie ging auf den Menschen zu und tippte ihm auf die Schulter. Er ließ die Hände sinken und sah sie mit leeren Augen an.

"Ach — du bist es, Mingo?! . . " sagte sie, ohne zu begreifen, wieso er um diese Zeit in der Stadt sein könne.

(Fortsetzung folgt.)

Aber wieder erschienen bei einigen Püchtern Lo's Soldaten und verkündeten ihnen, daß auf Grund des ausstehenden Zinsfußes der Gutsbesitzer ihre Parzellen anderen Pächtern übergeben werde. Diese Nachricht verbreitete sich wie der Wind durchs ganze Dorf. Auf dem Platz vor dem Techaus versammelte sich eine aufgeregte Menge. Es herrschte großer Lärm, wie wenn ein Fluß den Damm durchbrochen und die Felder überschwemmt hätte. Alle schrien und drückten ihre Empörung aus, aber niemand wußte, was unternommen werden sollte. Wir wären ohne entscheidende Schritte einfach auseinander gegangen, wenn nicht auf einmal Sjao Din mit etwa 10 Bauern auf dem Dorfplatz erschienen wäre. Sie alle hatten Gewehre und marschierten wie richtige Soldaten.

Wir begrüßten sie mit freudigen Zurufen.

Es stellte sich heraus, daß Sjao Din mit seinen Kameraden die Soldaten Lo's überfallen und ihnen die Gewehre abgenommen hatte, als diese einzeln die Pächterhäuser absuchten. SJAO stieg auf einen großen Stein und schlug vor, wir sollten gleich eine Bauernlandwehr bilden, um Lo den Garaus zu machen. Unsere Aufregung wuchs. Der Bauer, der in der Stadt mit Sjao vor Gericht gekommen war, trat vor und schilderte, wie grausam die Soldaten ihn behandelt hätten. Er weinte, und die ganze Schar weinte mit. Auch andere Bauern ergriffen das Wort. Es zeigte sich, daß kein einziger da war, der von Lo nichts Böses erfahren hatte: dem einen nahm er Land, ohne den Pachtzins zurückzuzahlen, dem anderen entführte er die Kuh oder den Büffel als Schuldpfand, die dritten zwang er, unrechtmäßige Gebühren zu zahlen. Einem Bauern nahm er die Hälfte der Gemüseernte weg, als Geschenk für sich; alle betrog er beim Messen und Wägen.

Weinend trat eine alte Frau vor die Menge. Es war die Witwo des Bauern, der in der Stadt von Lo's Soldaten ermordet worden war. Sie klagte, daß ihre Kinder nichts zu essen hätten, wiegte sich auf ihren kleinen Füßchen, drohte mit den Fäusten und nannte Lo einen Tiger, Menschenfresser, Banditen und eine schmutzige Schildkröte.

Die Nacht senkte sich sehon auf das Dorf, und wir gingen noch immer nicht auseinander. Und als der Mond sich hinter den Bergen erhob, sahen wir zwei Menschen, die sich rasch dem Dorfplatz näherten. Man sah, daß sie weit her kamen: ihre Füße waren mit Kot bespritzt und die Gesichter mit Staub und Schweiß bedeckt. Sie waren vom Bauernbund des Bezirkes abgesandt und teilten uns mit, daß Lo dem Bezirkshof geschrieben hätte: in unserem Dorf habe sich eine geheime Gesellschaft gebildet, die alle Grüber aufwühlen, die heiligen Figuren verbrennen und alle Frauen im Alter über 16 Jahren töten wollte, um den Zorn der Bevölkerung gegen die Machthaber aufzustacheln.

"Der Bezirkschef", so sagten die Abgesandten, "hat beschlossen, Schutztruppen für Lo zu schicken. In einem oder zwei Tagen werden sie hier sein. Ihr müßt euch zur Verteidigung vorbereiten."

Merkwürdigerweise erschrak niemand ob dieser Nachricht. Unsere Bauern, die sonst immer solche Angst vor den Soldaten hatten, fingen dieses Mal an, noch lauter über Lo zu fluchen und alle Himmelsstrafen auf sein Haupt herunterzurufen. Noch vor drei Monaten, als die Soldaten Sjao Din abführten, stieben wir alle auseinander. Hätte man uns damals gesagt, daß Schutztruppen kommen würden, so hätten wir uns beeilt, das Vieh abzuführen und uns mit Frauen und Kindern im Gebirgo zu verstecken. Und jetzt verließ kein einziger den Dorfplatz. Der Zorn erfüllte unsere Herzen und gab uns Mut und Entschlossenheit. Wir wußten noch nicht, was zu unternehmen wäre, aber alle fühlten, daß man beisammen bleiben sollte. SJAO DIN versammelte die Dorfältesten um sich und, gemeinsam mit den Abgesandten des Bauernbundes, stellten sie einen Aktionsplan an. Ich wurde mit einem Genossen aus dem Bauernbund an den Kreisjahrmarkt geschickt, um dort Bauern für die Hilfsaktion zu gewinnen und sie zur Verstärkung unserer Kräfte ins Dorf zu bringen. Davon, was sich hier weiter ereignet hat, weiß ich nur aus Erzählungen der Kameraden, ich selbst konnte erst nach zwei Tagen vom Kreisjahrmarkt zurückkehren."

In LI-SAN verstummte. "Und was geschah dann weiter?" forschte ich.

"Am folgenden Tago brachte SJAO DIN mehr als 200 Bauern zusammen und begann mit ihnen die Belagerung des Schlosses. Lo schloß sich dort mit etwa 40 Soldaten ein. Zwar waren die Bauern in bedeutender Ucberzahl, sie besaßen jedoch bloß 15 Gewehre; ihre übrigen Waffen bestanden in selbstverfertigten Lanzen, Sicheln und Steinen. 'Alle Soldaten dagegen waren mit Gewehren versehen. Wiederholt versuchten die Bauern, mit Hilfe von Leitern die Schloßmauern zu besteigen, — jedes Mal wurden sie von den Soldaten heruntergeworfen. Unsere Vorräte an Patronen gingen zu Ende. Sjao Din war über alle Maßen aufgeregt. Er hoffte, noch vor der Ankunft der Schutztruppen das Schloß besetzen zu können, sich drin zu befestigen, um auf die Hilfe warten zu können, die ich hätte bringen sollen. Aber der Tag ging zur Neige, viele Bauern lagen tot oder verwundet, und das Schloß war noch nicht besetzt. Sjao Din nahm zum äußersten Mittel Zuflucht: er hatte etwas Pulver im Vorrat noch aus der Zeit, in der er Raketen verfertigte; er befahl, dieses Pulver zu bringen und bereitete daraus eine Mine. Trotz des Schießens der Soldaten gelang es ihm, sie unter einer der Schloßmauern einzugraben. Nach einem Zeichen von SJAO DIN zündete einer der Bauern den Docht an, die übrigen hielten sich zum Angriff bereit. Geduckt hinter Bäumen, Erdhaufen und großen Steinen, verfolgten die Belagerer das Flümmchen, das langsam den Docht entlang kroch. Man erzählte mir, daß Sjao Din mit solcher Spannung auf den Moment der Explosion wartete, daß sein Nachbar, dem er die Hand drückte, blaue Flecken davon trug. Mit verhaltenem Atem und mit versteinertem Blick, vornübergebeugt, starrte Sjao Din den Docht an. Ein betäubender Lärm erscholl, ganze Haufen von Staub und Steinsplittern flogen nach allen Seiten. Aber das Tor öffnete sich nicht. Totenbleich stürzte SJAO DIN auf den Boden in tiefer Ohnmacht. Die Bauern, betäubt und erregt, begannen den Angriff, ohne auf das Kommandowort zu warten. Eine Gewehrsalve von den Schloßmauern her empling sie und warf sie zurück.

Zwei Stunden später betraten die Schutztruppen das Dorf. Das Schloßtor öffnete sich, und die Soldaten Lo's vereinigten sich mit den Neuangekommenen. Die ganze Nacht wüteten die Soldaten im Dorf; sie schlachteten das Vieh, vergewaltigten die Frauen, steckten die Hütten in Brand und mordeten die Bauern.

Die grausamsten unter ihnen waren Lo's Soldaten. Gegen Morgen fanden sie Sjao Din mit zwei anderen Bauern in einer Höhle hinter dem Dorf. Die Soldaten schleppten die Unglücklichen ins Dorf, schlugen sie unterwegs, stachen sie mit Messern und verhöhnten sie auf jede Art. Sie rissen SIAO DIN den linken Arm aus. Im kleinen Tempel der Gottheit Tschen Chu-An wurden sie ausgezogen, mit Petrol übergossen und auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Vorher band man sie mit Stricken fest; aber der Strick, mit dem Sjao Din gebunden war, verbrannte und brach. Noch halb am Leben kroch er aus den Flammen und schrie:

Tod den Gutsbesitzern und den Militaristen! Die Soldaten stießen ihn mit Bayonnetten auf den Scheiterhaufen zurück . . . "

In LI-SAN schwieg wieder und schaute still auf seine Füße. Wir näherten uns dem Dorf. Die Lehmmauern und die schmutzigen Dachziegel der elenden schiefen Hütten waren bloß einige Schritte von uns entfernt. Zwei Knaben. die auf den Rücken großer mit einer Schmutzkruste bedeckten grauen Büffeln lagen, überholten uns.

"Und was geschah, als ihr ins Dorf zurückgekommen seid?" Nur mit Müho konnte ich meiner Erregung Herr werden.

In LI-SAN blieb stehen, atmete tief auf und fuhr in seiner Erzählung fort:

"Ich ging zum Kreismarkt an einem Festtag. Tausende von Menschen, alte und junge, Männer und Frauen, waren versammelt, um die Götter durch Verbrennung von Weihrauch zu ehren. Die Fahnen wehten, die Trommeln ertönten. Aber als wir den Bauern von den Ereignissen in unserem Dorf berichtet hatten, vergaßen Hunderte von Menschen das Fest. Es hat jedoch einen ganzen Tag gedauert, bis die bewaffneten Bauern aus den umliegenden Dörfern eintrafen.

Wir brachen mit der Morgenröte des folgenden Tages auf, 300 Mann hoch, alle bewaffnet. Am gleichen Tage, spät am Abend, erreichten wir unser Dorf. Wie Heuschrecken fielen wir über die schlafenden Soldaten her. Nur wenige vermochten sich zu retten. Als wir zum Schloß kamen, fanden wir das Schloßtor weit offen. Lo war mit seinen Bedienten und mit einem Teil der Soldaten geflohen. Das Schloß fiel uns zu, und wir hißten über dem Tor die Fahne des Bauernbundes . . .

Wir betraten die Dorfstraße. Am Tor stand ein kleines Idol der buddhistischen Gottheit, bunt bemalt, mit einem Bart aus Flachs. Erloschene Räucherstübehen staken vor dem Postament.

Unwillkürlich mußte ich denken, daß die Buddhisten recht haben. Die Seele des Gutsbesitzers Lo schwebt sicher irgend wo in der Nähe im Armeestab oder bei dem Bezirkschef und wartet auf den Augenblick, in dem sie sich wieder mit den Attributen des ruhigen und satten Lebens vereinigen kann: mit der Rauchpfeife, mit dem Madjan, mit dem Kratzstäbchen, mit den Porzellantäßchen und mit der Fliegenklappe. Diese Vercinigung findet sicher statt, wenn ihr nicht eine Wiedergeburt hindernd in den Weg tritt: wenn nicht Sjao Din, der auf dem Scheiterhaufen verbrannte, wie der legendarische Vogel Phönix aus der Asche aufersteht

in unzähligen Bauernrevolten.

(Uebersetzung aus dem Russischen von N. Oc.)

Der geplante Justizmord in Amerika.

Unerhörtes Verbot durch Grzesinski.

Acht Negerjungen sollen in Scottsboro, in einem der Südstaaten der Union, hingerichtet werden. Sie werden angeklagt, sich an zwei weißen Mädchen vergriffen zu haben, was aber nicht wahr ist. Das Nähere haben wir in unserer Nummer vom 10. Mai berichtet. Am 12. Mai veranstaltete die Rote Hilfe in Berlin eine sehr eindrucksvolle Kundgebung als Protest gegen den geplanten Justizmord. Proteste von Amerikanern, Proteste aus allen Ländern haben sich bereits auf dem Schreibtisch des Präsidenten Hoover gehäuft und bisher wenigstens den Erfolg gehabt, daß die Hinrichtung immer wieder verschoben wurde, zur Zeit auf den 24. Juni. Die internationale Aktion, die in Deutschland von Alfons Goldschmidt geleitet wird, sollte durch Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft zu cinem großen Protest gesteigert werden.

Was von dem "guten Willen" der Regierungen zu erwarten ist - wenn die öffentliche Meinung ihrer Entrüstung nicht lauten und starken Ausdruck verleiht - das bewies der Polizeipräsident Grzesinsky. Er gestattete die gestrige Versammlung am Mürchenbrunnen nur mit der Auflage,

daß Frau ADA WRIGHT, die Mutter eines der acht Neger-Jungen, die zur Zeit in Deutschland weilt, weder sprechen noch an der Versammlung teilnehmen werde, noch daß eine schriftliche Erklärung von ihr durch die Versammlungsleiter verlesen werde.

Der Versammlungsleiter erklärte, daß der Sozialdemokrat Grzesinsky damit dem Faschismus Vorschub leiste - eine Darstellung, die jeder, auch wenn er die Gleichsetzung: SPD = "Sozialfaschismus" für falsch hält, als berechtigt anerkennen muß.

Nach einleitenden Worten der Genossin Klemke, der Frau des von den NS ermordeten Kolonisten Klemke, sprach Alfons GOLDSCHMIDT. Wie er mit Recht erklärte, ist es ein Hohn, daß gerade in diesen Tagen, die gewisse Bürgerkreise als "Muttertag" propagieren, einer Mutter, die für acht unschuldig zum Tode verurteilte Kinder sprechen will, das Wort entzogen wird.

Selbst wenn jene Jungen sich wirklich an jenen beiden Mädchen vergriffen hätten, dürften sie doch nicht gelyncht oder auf die in Amerika übliche barbarische Weise behandelt werden. Aber obendrein sind die Jungen ganz unschuldig; die beiden Müdchen, an denen sie sich vergriffen haben sollen, sagen selber aus, daß sie überhaupt nicht berührt worden seien. Sogar der Präsident des Revisionsgerichts soll dies zugegeben haben, wie GOLDSCHMIDT nach ihm gerade zugegangenen Nachrichten mit-

Die acht Neger sollen hingerichtet werden, weil sie Proleletarier, Proletarier zweiter Klasse, sind - wie Sacco und VANZETTI, die italienischen Einwanderer. Die Barbarei der amerikanischen Gerichte und Polizisten, die Upton Sinclair in seinem Schauspiel "Singende Galgenvögel" darstellt und die der Anlaß zu den in den Vereinigten Staaten mehr als anderswo stattfindenden Gefängnis-Revolten ist, - diese Brutalität und Grausamkeit produziert sich auch gegenüber den acht Negeriungen. Diese Jungen, im Alter von 13 bis 21 Jahren, hat man gezwungen, der Hinrichtung anderer Neger beizuwohnen.

Dem gegenüber wies Rechtsanwalt Dr. APFEL auf die Behandlung von Verbrechern in der Sowjet-Union hin. Er hat kürzlich eine Reise nach Rußland gemacht, auf der er allein umherfahren konnte und mit kritischem Auge Gutes und Unzulängliches sonderte. Unter anderem besuchte er die Verbrecher-Kolonie, in der die 2000 schwersten Verbrecher der Sowjet-Union untergebracht sind. Sie arbeiten in einem offenen Dorf, mit einem Mann Bewachung.

Das Verbot Grzesinskys. daß Frau Ada Wright nicht reden dürfe, entspringe wohl dem Gedanken, daß Deutsche sich nicht in die Rechtsangelegenheiten anderer Länder einmischen sollten. Aber zu diesem Gedanken habe man heute in Deutschland kein Recht mehr. Kürzlich habe man gemäß dem Wunsch des Schahs von Persien einen persischen Proletarier in Berlin wegen Maiestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese internationale Solidarität übt man in der deutschen Republik.

In Wien handele man anders. Dort erschoß ein junger Mann einen Spitzel, der in der KP tätig war und Radikale aus den Balkanstaaten den dortigen Polizeibehörden auslieferte. Vor Gericht gab er offen zu, die Tat begangen zu haben; er bereue sie nicht und werde sie, wenn ein solcher Fall sich wieder creigne, wiederholen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei. Dazu hatte auch ein Telegramm von HENRI BAR-BUSSE beigetragen, in dem er an die Geschworenen appellierte. unter Hinweis auf die barbarischen Zustände auf dem Balkan. (Vergleiche hierzu auch: HENRI BARBUSSE "Die Henker", Verlag Oeffentliches Leben.) Die Wiener haben diese Angelegenheit als eine internationale empfunden, bei der man sich nicht an nationalen Grenzen stoßen sollte.

Als dritter Redner sprach der amerikanische Genosse ENGDAHL, der Reisebegleiter von Frau WRIGHT, und Vertreter der amerikanischen Roten Hilfe. Engdahl ist einer jener seltenen Menschen, die unmittelbare Menschlichkeit mit innerer Stärke verbinden. Er ist völlig frei von allem Schablonenhaften, spricht mit wundervoller Wärme, verhaltener Entrüstung und Geradheit, die in seiner aufrechten Gestalt auch äußerlich in Erscheinung tritt. - Er wies darauf hin, daß in den vergangenen 35 Jahren über 3000 Neger von der brutalen Menge gelyncht worden seien; d. h. am nächsten Baum aufgehängt oder, mit Teer und Federn bestrichen, lebendig verbrannt worden sind u.s.w. Er crinnerte an Tom Mooney, der seit 1916 im Zuchthaus sitzt, obwohl er unschuldig ist. Er forderte auf; die internationale Solidarität zu stärken.

"Nieder mit dem elektrischen Stuhl! Nieder mit dem Lynchmord! Es lebe der Kampf für die unschuldigen Negerkinder und alle politischen Gefangenen! Es lebe die Welt-Solidarität der Proletarier aller Länder!" ,R

Jedem dieser deutsch gesprochenen Schlußsätze, nach seiner englischen Rede, stimmte die Versammlung begeistert zu. Ueberhaupt war die ganze Versammlung dauernd in völliger Uebercinstimmung und in gespannter Anteilnahme.

Nach Engdahl sprach der Genosse Billey, einer der drei schwarzen Genossen, die am Tisch des Präsidiums saßen. Er berichtete von der "Zivilisation", die die Weißen in die afrikanischen Kolonien bringen. Insbesondere von einem deutschen Hauptmann in Kamerun (woher BILLEY kommt), der besonders "Strafexpeditionen" betrieb. Wenn ein Neger irgendwo eines Vergehens beschuldigt wurde (ob mit Recht oder Unrecht), dann führte jener Hauptmann, DOMINICK, eine Expedition in das betreffende Dorf und machte die ganze Umgegend im Umkreis von 50 Quadratkilometern dem Erdboden gleich. Die Männer wurden getötet, die Frauen und Kinder verschleppt. Auf dem Transport nahm man gern den Frauen die Kinder von der Brust und warf sie in den Fluß, den man durchwatete, "um der Sicherheit des Transportes willen".

BILLEY vermißte - wie er treffend bemerkte - die Beteiligung der Missionen an dem Protest zu Gunsten der Negerjungen von Scottsboro.

BILLEY sprach fließend Deutsch - ein lebendiger Beweis gegen die Behauptung, daß die schwarzen Genossen "von Natur aus" auf einer niedrigeren Kulturstufe stünden. Wieviele weiße Arbeiter kennen eine fremde Sprache? Und wieviele Nazis können richtig Deutsch? - Auf seine Rede erfolgte der längste Beifall der Versammlung.

Als leizter Redner des Abends sprach Erich Mühsam. Er kam nicht weit. Durch das Rede-Verhot gegen Frau WRIGHT habe sich Grzesinsky mit den Richtern und Henkern der Vereinigten Staaten solidarisch erklärt. Bei diesen Worten erhob sich der Polizeioffizier auf der Bühne und warnte den Versammlungsleiter. Als die Versammlung Mühsam zustimmte und dieser seine Aeußerungen wiederholte, wurde die Versammlung nach einer zweiten Verwarnung und nach einem Versuch des Versammlungsleiters, die Ruhe wiederherzustellen, polizeilich aufgelöst.

Die Hast, mit der daraufhin ausgerechnet eine Gruppe starker Burschen sich aus dem Saal entfernte, war ein beschämender Ausklang der Versammlung. Es wäre auch gewiß vermeidbar und den Zwecken der Versammlung dienlicher gewesen, sie nicht zu einer Kraftprobe zwischen Grzesinsky und den Versammlungsrednern zu machen. Davon haben die acht Negerjungen in Scottsboro nichts.

Krieg und Faschismus.

M. H. Eine sehr gut besuchte deutsch-französische Kundgebung mit dem Thema: Krieg und Faschismus - nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich, veranstaltete am Donnerstag abend in Berlin im Lehrervereinshaus die Deutsche Liga für Menschenrechte. Leon Jouhaux, der General-sekretär der französischen Gewerkschaften, und Professor NÖLTING waren die Rodner. JOUHAUX sieht im Ausgang der französischen Wahlen einen "Silberstreifen am Horizont". Die Spekulationen der französischen Reaktionäre auf die HITLER-Wahlen in Deutschland sind fehlgeschlagen. Das französische Volk ist in seiner Mehrzahl der "Stimme der Vernunft" gefolgt. Es ist friedliebend, es ist gegen jeden Krieg - auch gegen einen solchen mit Rußland. Das heißt nun zwar noch nicht, daß seine Regierung, z. B. in Lausanne, vom Friedenswillen erfüllt sein wird, sodaß dort die notwendige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgen worde. Aber — das betonte Jouhaux mehrmals ausdrücklich — im Grunde haben die Völker ihr Geschick selber in der Hand; an ihnen liegt es, einer falschen Politik ihrer Regierung energischen Widerstand zu leisten. Allerdings können sie das nur in einer Demokratie, und wenn in den "neuen" Demokratien, wie Deutschland, das Volk noch nicht so weit ist, nun, so müssen eben die "alten" Demokratien, wie Frankreich, ihnen zu Hilfe kommen. Jounauxs Optimismus in bezug auf die Demokratie kennt keine Grenzen. Für ihn steht fest, daß "nur die Demokratie den Frieden sichert" - und aus diesem Grunde ist er gegen Diktatur und Faschismus. Er müßte ja wissen, daß auch die "alten" Demokratien wie Frankreich, England und Amerika am Weltkriege beteiligt waren und heute in einem wahnsinnigen Wettrüsten begriffen sind, was gewiß nicht der Sicherung des Friedens dient! Aber, so meinte Jounaux, der ja für vollständige und gleichzeitige Abrüstung aller Staaten eintritt, wenigstens ermöglicht die Domokratie eine jederzeitige Kontrolle der Rüstungen! Hier fiel ein treffender Zwischenruf: "Ossietzky!" In der Tat, wer in Deutschland die Wahrheit über geheime Rüstungen sagt, muß gewärtig sein, ins Gefängnis zu wandern; das illustriert wohl gentigend den Wert der demokratischen Kontrolle über die Rüstungen. Und auch in Frankreich konnte Faure Enthüllungen über Rüstungspläne der französischen Regierung machen, die sich der Kontrolle des Volkes völlig entzogen hatten! - Zur Reparationsfrage sagte Jouhaux, daß sie eine Lösung nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung auch der Kriegsschuldenîrage finden könne. Einer europäischen "Entente", die es zu schaffen gelte, werde auch Amerika sich dann anschließen.

NÖLTING stellte sich die Frage: wie können wir der Kriegsgefahr entgegenwirken? Er antwortete darauf: Wir müssen den Faschismus bannen und Europa organisieren! Dies beides sei aber eine einheitlich zu lösende Aufgabe. Denn der Faschismus sei erstarkt durch die außenpolitische Bedrückung Deutsch-

lands, die es auf dem Wege der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland aufzuheben gelte; ferner durch die ökonomische Krise, die ebenfalls nur international behoben werden könne. Der Irrsinn der Autarkie wurde von Nölting sehr treffend gekennzeichnet. Er wandte sich dann gegen die Meinung, man brauche die NS nur regieren zu lassen, um ihren Einfluß zu brechen. Es bleibe jedenfalls ein sehr geführliches Experiment, schon doshalb, weil gar keine Sicherheit bestünde, daß die NS der Stimme des Volkes folgen würden, falls dieses genug von ihrer Regierungskunst haben würde und sie wieder abberufen möchte! Hier hätte Nölting, wenn er zu Jouhaux gesprochen hätte und nicht nur neben oder nach ihm, ihm sagen müssen: So gut sichert die Demokratie also den Frieden, indem sie die ans Ruder bringt, die den Krieg wollen, und die auch auf die Demokratie später zu pfeifen gedenken!

Statt des unsicheren Experiments, die NS durch ihre Regierungsmißerfolge sich abwirtschaften zu lassen, kommt es Nölting darauf an, daß die Wirtschaftskrise bekümpft wird. Im nationalen Rahmen sei das unmöglich, die deutschfranzösische Verständigung daher der wichtigste Schritt vorwärts. Konkreta Lösungen seien heute notwendig in der Reparationsfrage und der Abrüstungsfrage, Auch Nölting sieht im Ergebnis der französischen Wahlen einen Lichtblick. "Noblesse oblige" - Frankreich könne dazu helfen, den Faschismus in Deutschland zu besiegen, wenn eich in ihm die Kreise durchsetzen, die erkennen, daß die politische und die ökonomische Vernunft die Liquidierung des Young-Plans und eine Neuregelung erfordern. Auf deutscher Seite sei allerdings alles Geschrei "Wir wollen nicht zahlen" unsinnig; auch Brüning täte besser daran, den NS nicht ihren nationalen Ton zu stehlen. Am besten sei es, die wirtschaftlichen Tatsachen für sich sprechen zu lassen.

Sehr richtig betonte Nölting, daß die Kriegsgefahr steigt. wenn kein Ausweg aus der Wirtschaftskrise angebahnt wird. Denn wenn die Menschen keinerlei Hoffnung auf Besserung ihrer elenden Lage sehen, verliert der Krieg seinen Schrecken für sie, ja, sie werden verlockt zu glauben, durch einen Krieg könne ein frischer Luftzug in die dumpfe Atmosphäre der Krise gebracht werden.

MINNA SPECHT forderte kürzlich im "Funken" von derartigen internationalen Kundgebungen: "Aussprachen, nicht Ansprachen!", d. h. ein gegenseitiges Eingehen auf die Schwierigkeiten, die sich in den verschiedenen Ländern internationalen Aktionen der Arbeiter entgegenstellen. Auch in dieser Kundgebung fehlte es an der "Aussprache", ja, es fehlte überhaupt an der Erörterung der Kräfte, die sich in beiden Ländern aktiv für eine Verständigung einsetzen. (Von der Stimmung in den französischen Gewerkschaften zum Beispiel berichtete Jounaux gar nichts!) Das würde aber gerade den Wert einer solchen Kundgebung erhöhen!

lassung von 285 Arbeitern. Von 56 auf 42 Stunden.

für verbindlich erklärt, um damit den Streik genau so ab-

den gegen die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen

aufzunehmen; denn der Arbeitsminister eines Klassenstaates

Wieder 1500 auf die Straße!

mobilmachungskommissar den Antrag auf Entlassung von

1000 Borgarbeitern gestellt. Es handelt sich dabei um Beleg-

schaftsmitglieder der Deutschen Grube, der Schlesischen

Grube, der Donnersmarck-Grube und der Blücher-Schichten.

falls die Entlassung von 400 Bergarbeitern beantragt. Der

Demobilmachungskommissar genehmigte jedoch nur die Ent-

Die Verwaltung der Mathilde-Grube in Lipine hat gleich-

Außerdem sollen 50 Grubenbeamte entlassen werden.

Die Verwaltung der Donnersmarck-Gruben hat beim De-

Daraus folgt für die Gewerkschaften die Notwendigkeit zusammen mit dem Kampf gegen Herrn Stegerwald auch

zuwürgen wie neulich den im Fuhrgewerbe.

ist natürlich Unternehmerfreund.

Berlin, 13. Mai. Zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Tafelglashütten einerseits. dem Keramischen Bund und dem Berufsverband deutscher Glasarbeiter andererseits ist eine Vereinbarung zustande gekommen, nach der in den mechanischen Fensterglashütten für die im ununterbrochenen Betrieb

system eingeführt wird. Dadurch wird die wöchentliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters von 56 auf 42 Stunden verkürzt.

Quittung

bisher dreischichtig arbeitenden Arbeiter das Vierschicht-

über Spenden für den Pressefonds:

über Spenden für den Pressefonds:

R. S. in G. 50,— M; A. S. in G. 3,— M; E. S. in G. 10,— M; M. K. in G. 10,— M; R. K. in G. 10,— M; H. O. in G. 5,— M; A. S. in G. 5,— M; E. H. in G. 2,— M; K. S. in G. 2,— M; L. F. in G. 4,— M; Sammlung M. 1,— M; E. E. in M. 5,— M; H. K. in M. 3,— M; A. P. in M. 10,— M; K. Z. in M. 5,— M; E. H. in M. 1,50 M; E. C. in S. 15,— M; F. L. in S. 10,— M; E. A. in S. 35,— M; E. P. in S. 5,— M; H. L. in S. 10,— M; A. G. in F. 100,— M; Sammlung E. 3,05 M; E. B. in J. 20,— M; J. V. in J. 3,— M; E. B. in E. 5,— M; G. L. in E. 10,— M; A. M. in B. 2,— M; T. H. in K. 25,— M; H. H. in C. 2,23 M; P. S. in F. 18,— M; E. F. in A. 2,— M; A. O. in S. 15,— M; L. H. in S. 2,— M; M. F. in G. 5,— M; H. S. in B. 17,50 M; Hauhalt K. 254,63 M; R. L. in B. 45,85 M; J. S. in B. —,50 M.

Wir danken allen Spendern herzlich und biten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds weiter fortzusetzen.

Streik im Steinsetzgewerbe.

Was wird Stegerwald tun?

Dor für das Berliner Steinsetzgewerbe gefällte Schiedssprunk der die Löhne für Steinsetzer und Steinschläger um 33 und für die Rammer um 35 Pfennig gekürzt hat, hatte die davon betroffenen Arbeiter veranlaßt, am 13. Mai zu diesem Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

Nach eingehender Aussprache faßten die Vorsammelten cinstimmig den Beschluß, von den Unternehmern sofort die Bereiterklärung zu verlangen, die alten Löhne weiter zu zahlen. Wo Unternehmer diese Erklärung nicht abgeben. soll die Arbeit eingestellt werden. Dieser Streikbeschluß

ist bindend für alle Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter: Sie sollen danach jede besondere Abmachung mit den Unternehmern ablehnen, wonach ein geringerer Lohn gezahlt werden soll als bisher.

Die Streikführung liegt in der Hand der Sektionsleitung der Steinsetzer und Berufsgenossen.

Nach der üblichen Praxis Herrn Stegerwalds kann man damit rechnen, daß er auch diesen unerhörten Schiedsspruch

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Neukölln. Mittwoch, den 18. Mai, 20 Uhr, Restaurant Boss, Allerstraße 40, Ecke Weisestraße. Thoma: HITLER marschiert! Wer schafft die Abwehrfront?

Frankfurt a. M. Mittwoch, 18. Mai, 20.15 Uhr, im Volksbildungsbeim. Thema: "Die gegenrevolutionäre Situation und unsere Aufgabe." Redner: Gustav Heckmann (Berlin).

Mainze Dienstag, den 17. Mai, 20 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafeu und Frauenlobstraße. Thema: "Die gegenrevolutionäre Situation und unsere Aufgabe." Redner: Gustav Heckmann (Berlin).

Freie Aussprachel

Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14. Inselstr. Sa. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den "Funken"! Berücksichtigt die Inserenten des "Funken"!

7. JAHRGANG

. S. HEFT

MAI 1932

Das Haus der guten Schube H. Ebel Berlin N 65, Maxstr. 27

Reinickendorf, Residenzstr. 87/98 Telefon: D 8 Wedding 2358 Bel Vorzeig, d. Inserates 5 % Rabatt!

Erstkiassige Maßarbeit

Herren - Anzüge Damen-Mantel Tadelloser Sitz

Schönheit MAGDBBURG O.v. Guerickestr.

104, H.r. L Stoffmuster vorratig

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



THE Flugblätter,

Zeitungen,

Berlin SO 36, Elisabethuler 28-29 Teleion; Sammeinr. F1 Moritsplaiz 5471 drucksachen

Zeitschriften und jede Art Geschäfts-

Soeben erschien:

Yon KARL HINKEL

Indien in der Zange

Die wirfschaffliche Not eines grossen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern, 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

In der Zange des englischen Imperialismus und des indischen Kapitalismus eingekeilt liegt Britisch-Indien

353 Millionen brauner Menschen sind — dank der Horrschaft der indischen Religionslehren — preisgegeben der vereinten Ausbeutungsgier fremder Eindringlinge und einheimischer Unterdrücker

AUS DEM INHALT:

Die wirtschaftliche Lage in Indien. Die Ursachen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Armut in Indien. Die Grund-prinzipien zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Aussichten für die Durchführung dieser Maßnahmen.

Verlag "Offentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a.

INHALT: FRITZ GROB:

Genossen, Desinnt Euch!

Zahlen des Niedergangs:

Im Schatten von Artikel 48. Klassenjustiz. Das Blend der Erwerbslosen. Paragraph 218. Arbeitsnot und Selbstmorde. Der kulturalle Abstieg.

HELLMUT RAUSCHENPLATI

Der Ausweg der Wirtschaftskrise

Zum Nachdenken:

Welche Religiousgesellschaften sind in Preußen! Körperschaften öffentlichen Rechte? -Bibel-Umsatz. Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monati. 20 Pf. Probenummern kostenios. Deutsche Ausgabe internationale vertagganstalt E.H., Borlin 8 14, inscisir. 8

C.Lotzc

Göttingen

Johannisstr. 2

Buffer

K#14, Eier WAHN-LUROPA 1934 Schöner Ganzleinenband. Preis M. **4,80** (oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

Barcastr. 8. Postscheck: Hamburg 83167 MAGDEBURG

(vegetabile Margarine)

garantiert reine Nuß-Fette Sonder-Angebot: Post-Packchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 17924.

Frischkost-Reformhaus Ernst Hold, Magdeburg Otto v. Guerickestraße 104.

Sprechapparate

Koffer C Schatullen C Schränke Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40 Verlangen Sie Angebote!

Die SPD-Fraktion in den Freien Gewerkschaften.

Von Fritz Grob.

Vor einiger Zeit schrieben wir im "Funken": "Den an sich richtigen Einwand, daß die KPD an der Zerstörung der überparteilichen Gewerkschaftsfront arbeitet, beantworten wir mit der Feststellung, daß heute keine parlamentarische Partei dies unterläßt, daß insbesondere die SPD das Gleiche tut. Wir werden in den nächsten Tagen Material zum Beweis dieser Behauptung veröffentlichen, um den an der gewerkschaftlichen Einheit interessierten Kollegen mit aller Deutlichkeit die Gefahr zu zeigen, die hier droht."

ZdA-Vorsitzenderarbeitet für die RGO

Die ZdA-Kollegen in Essen wurden vor der Wahl am 24. April zu einer "außerordentlich wichtigen Mitgliederversammlung mit dem Thema "Kapitalismus, Faschismus, Sozialismus" eingeladen. In seiner Einleitung betonte der Vorsitzende, daß der Verband in dieser entscheidenden Stunde auch zu politischen Fragen Stellung nehmen müsse; das solle aber auf keinen Fall einen Bruch der parteipolitischen Neutralität bedeuten.

Das Gegenteil geschah aber. Der Hauptredner, Kollege Schröder vom Verbandsvorstand, griff in scharfer, äußerst unsachlicher Weise die KPD als "eine Zwillingspartei des Faschismus" an. Auf empörte Zwischenrufe drohte der Versammlungsleiter, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Einige Kollegen versuchten, auf eigene Faust kommunistische Kollegen aus dem Saal zu setzen. Die Rede gipfelte in der Aufforderung: Wählt die SPD!

Ein großer Teil der anwesenden Kollegen wollte in der Diskussion dazu Stellung nehmen. Jedoch der Versammlungsleiter erklärte die "Kundgebung" für geschlossen, nachdem auch er noch aufgefordert hatte, die SPD zu wählen.

Die Kollegen, die sich empört an den Versammlungsleiter wandten, erhielten von ihm die Antwort:

"Wenn Euch das nicht paßt, dann geht doch raus, liebe

Kollegen, dann geht doch in die RGO!"

Dieser, unverschämten Aeußerung können wir ähnliche aus anderen Verbänden an die Seite stellen, wo ebenfalls beim Protest gegen die Verletzung parteipolitischer Neu-

tralität zynisch geantwortet wurde:
"Dann bleib doch weg; warum kommst Du denn?" Das geschah z. B. nach der Mai-Demonstration der Gewerkschaften in Melsungen. Auch in einer Branchen-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes in Berlin ist auf eine völlig sachliche Kritik der jahrelangen Passivität der Gewerkschaften gegenüber der anschwellenden Arbeitslosigkeit geantwortet worden, der Kollege solle doch zur RGO gehen.

Das bedeutet eine Erklärung der Gewerkschaften zum Familienbesitz der SPD. Jeder, der eine andere Meinung hat als der Hausherr, wird aus dem Hause gewiesen.

Gewerkschaftsversammlungen = SPD-Wahlversammlungen.

Auch in anderen Städten und in anderen Verbänden ist ähnlich wie im ZdA in Essen immerfort Wahlpropaganda für die SPD getrieben worden. Auch aus der Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Kassel am 17. April und der Generalversammlung des "Gesamtverbandes..." in Hannover am 19. April sind sozialdemokratische Parteiversammlungen gemacht worden. In Kassel forderte das Mitglied des Hauptvorstandes des DMV, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Metz, in seiner Rede auf, die SPD zu wählen. Auf der Bühne standen große Transparente? "Mit Otto Braun, wählt Liste 1."

Im ZdA in Hamburg, wie auch in anderen Städten und Verbänden, wurden den Kollegen durch die Gewerkschaftsorganisation Wahlflugblätter der SPD in die Hand gedrückt. Alle diese Neutralitätsbrüche wurden nicht dadurch besser, daß die zentralen Gewerkschaftsinstanzen allesamt in den Gewerkschaftszeitungen und auch sonst die Neutralitätsbrüche im großen betrieben haben, indem sie zum Beispiel in großen Schlagzeilen forderten: "Wählt Sozialdemokraten! Wir alle wählen SPD!"

Hinterlistiges Parteigeschäft am 1. Mai.

Ein weites Gebiet der Neutralitätsbrüche sind die örtlichen Maiaufrufe und Maidemonstrationen der Gewerkschaften. Das im "Funken" neulich mitgeteilte Beispiel einer Maidemonstration in Göttingen, bei der diese Neutralität nicht verletzt wurde, und die dafür auch gut gelang, steht wohl vereinzelt da.

In den Orten, wo der Aufruf weder eine Anpöbelung der KPD noch eine Verherrlichung der SPD enthielt, und wo er auch sonst in Ordnung war, da konnten es sich die Redner meist nicht verkneifen, zum Eintritt in die SPD aufzufordern oder wenigstens zum Schluß ein Hoch auf die "völkerbefreiende" Sozialdemokratie auszubringen. Aus Offenbach wird uns z. B. geschrieben: "In Offenbach wurde die Maidemonstration von den Freien Gewerkschaften veranstaltet. Die Aufrufe waren nur von ihnen unterzeichnet, so daß jeder Sozialist, gleich welcher Parteirichtung daran teilnehmen konnte. Tatsächlich beteiligten sich auch alle Richtungen außer der KPD, die ihre eigene Demonstration machte. Um so mehr ist es zu verurteilen, daß trotz des parteipolitisch neutralen Charakters der Gewerkschaftsdemonstration der Redner mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß. Mit dem bitteren Gefühl über die unerwartete Hinterlist verließen viele Gewerkschaftsmitglieder die Demonstration."

Wir. / Aussprache über das Reparationsproblem.

Hr. Die Studentengruppe der Deutsch-Französischen Gesellschaft veranstaltete in Berlin einen kontradiktorischen Abend über das Reparationsproblem. Redner "von links bis rechts" sollten zu dem Thema Stellung nehmen, ihre Gründe, vor allem ihre Tatsachenbekenntnisse vorbringen und diskutieren. Man war — wie das bei dem durchaus bürgerlichen Charakter dieser Gesellschaft schon zu erwarten war — bei der Auswahl der Redner den extremen Gruppen ferngeblieben und hatte dadurch eine hinreichend laue Atmosphäre geschaffen, die den Kampf um die Klärung weltanschaulicher und partei-politischer Gegensätze nicht aufkommen ließ.

Die Redner gingen einmütig von den sogenannten deutschen Interessen aus: Streichung möglichst aller deutschen Reparationszahlungen und möglichst kein Abstrich von den aussenpolitischen Forderungen Deutschlands in der Donau- und der Abrüstungsfrage, das war das einzige Ziel, dast man der deutschen Delegation für Lausanne stellte. Nur über die Wege, die zu diesem Ziele führten, über die Größe der Zugeständnisse, die etwa gemacht werden müßten, stritt man sich.

Die internationale Konferenz wurde ausschließlich vom deutschen Standpunkt aus betrachtet. "Wir" — das waren die Deutschen, bei allen drei Rednern. Dabei saß, was auch den Rednern sicher nicht unbekannt war, eine große Zahl nicht deutscher Studenten im Saal, denen somit schon durch die Form der Reden ihre Nichtzugehörigkeit zu den übrigen Anwesenden bescheinigt wurde.

Trotzdem wurde an diesem Abend eine Stimme laut, die sich bemühte, gerade im Reparationsproblem den französischen Ansprüchen gerecht zu werden. Cohen-Reuss, ein Mitarbeiter der "Sozialistischen Monatshefte" und ein warmer Versechter der Frankreich freundlichen Politik dieser Zeitschrift, vertrat klug und wirkungsvoll die Forderung einer deutschen Außenpolitik, die die unmittelbare Verständigung mit Frankreich als dringendstes Ziel im Auge behält. Die von Frankreich seit dem Weltkrieg betriebene Politik ist einer Verständigung mit Deutschland keineswegs so abgeneigt, wie die deutsche Presse von rechts bis links das fast durchweg verkundet. Was diese beiden Staaten auseinanderbringt, ist in vielen Fällen die deutsche Orientierung an England und Amerika gewesen, deren Interessen durchaus nicht auf eine Ueberwindung der deutsch-französischen Konflikte gerichtet sind, - vor allem England, das es nicht ungern sieht, wenn seine Konkurrenten auf dem Festland einander gegenseitig in Schach halten. Freimütige und offene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, ohne ein Dazwischentreten von Mittelmännern, ist der Weg, den Cohen-Reuss für den einzigen hält, der zu einer Lösung

der deutschen Schwierigkeiten führen kann. Das Ergebnis,

wie er es von einer solchen Politik erwartet: Erklärung

eines Moratoriums für eine hinreichend lange Zeit (etwa

8 bis 10 Jahre), dann geringe deutsche Zahlungen an

Frankreich, deren Höhe am Maßstab der Wiederaufbauforderungen Frankreichs errechnet wird.

In dieser Parole der Verständigung zeigt sich, trotz aller Enge der allein von Deutschland bestimmten Zielsetzung, eine Weite des Blicks dem französischen Nachbarn gegenüber, die Cohen-Reuss sich bewahrt hat. Den beiden andern Rednern fehlte diese Aufgeschlossenheit, völlig. Sie suchten im Grunde nur nach dem Druckmittel, mit dem die deutsche Delegation in Lausanne dem angeblich so widerspenstigen Frankreich etwas abpressen könnte. Dabei verfiel TREUHERZ, Bankier und Sprecher der Mitte, auf die irrsinnige Drohung, wenn es in Lausanne nicht gelänge, eine definitive Lösung zu erreichen, so würde zwar Deutschland wirtschaftlich zu Grunde gehen, es würde dabei aber die Weltwirtschaft mit sich in den Abgrund reisten, und das sollte planmäßig organisiert werden durch Zahlungseinstellung und die Schaffung eines staatlichen Außenhandelsmonopols. "Da Deutschland doch ein Glied der Weltwirtschaft ist, würde das im gegenwärtigen Stadium der Krise Wirkungen haben, die die andern sehr schnell zu spüren bekämen." Auf der Basis solcher Ankündigungen will der "treuherzige" Menschenfreund eine "Verständigung" mit Frankreich erstreben. Es lohnt sich nicht auch mus ein West weiten der der der

Internationale Gesinnung konnte in der Versammlung am Montag nicht gedeihen. Sie verlangt einen höheren Gesichtspunkt als den, es gelte, deutsche Interessen zu verteidigen und durchzusetzen; sie setzt die Einsicht voraus, daß auch internationale Interessenkonslikte, wie etwa die von Genf und Lausanne, der Forderung der gerechten Abwägung aller auftretenden Interessen unterstehen.

Wer diesen Anspruch einmal erfaßt hat, dem ist das deutsche "Wir", das diese kontradiktorische Aussprache so unbeschränkt beherrschte, gründlich verleidet.

TROTZKI schildert, wie Lenin ihn durch London geführt habe und ihm die Stadt zeigte: "Das ist ihr berühmtes Westminster." "Ihr" — es war die Macht der herrschenden Klasse, der er gegenüberstand.

Das Recht fordert Solidarität mit den Entrechteten, Kampf gegen ihre Unterdrücker und für die Sicherung ihres Rechts. Die Schar der Ausgebeuteten, um deren Recht er kämpft, die Schar der Genossen, mit denen zusammen er diesen Kampf führt, sie bilden für den Rechtskämpfer die natürliche und nächstliegende Gemeinschaft, hinter der nationale Gegensätze oder Gruppenbildungen verschwinden.

Nur auf diesem Boden, dem des Sozialismus, auf dem das Verhältnis der Menschen zu einander nicht nach dem Zufall der Geburt in diesem oder jenem Land, sondern nach den notwendigen Anforderungen des Rechts geordnet wird, ist eine endgültige und wirksame internationale Verstündigungspolitik möglich.

Zwei neue Tricks der SPD.

Die "Eiserne Front".

Die SPD hat von der KPD gelernt, leider nur das Ueble: sie macht jetzt auch Einheitsfront-Manöver, oder — wie heute ein üblicher Ausdruck lautet: sie zieht getarnte Organisationen auf. Die alte Firma SPD ist reichlich beschädigt und abgebraucht, das Firmenschild daher nicht mehr sehr werbend. Deshalb wurde ein neuer Name eingeführt: "Eiserne Front", für die die überparteilichen Gewerkschaften, Sportverbände und "Reichsbanner" den politischen Kredit lieferten.

"Die "Eiserne Front" ist keine Parteisache und will nicht eine Partei sein." So heißt es im ersten Aufruf der "Eisernen Front" vom 25. Januar 1932. Trotzdem haben überall Wahlkundgebungen der "Eisernen Front" für die SPD stattgefunden. "Der Wahltag muß der Siegestag der "Eisernen Front" werden. ... Der Aufforderung nachzukommen, gelobten die 50 000 in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie." So berichtet der Hannoversche "Volkswille" vom 5. April über die dortige Wahlkundgebung der "Eisernen Front". Wo ist auch nur versucht worden, die versprochene Ueberparteilichkeit zu wahren? Wer glaubt nach alledem. daß von den Gründern der "Eisernen Front" überhaupt beabsichtigt war, die versprochene Ueberparteilichkeit zu wahren?

Hammerschaften.

Den zweiten Trick leistete sich die SPD mit den Hammerschaften. Die vielfach erhobene Forderung auf überparteiliche straffe Zusammenfassung der zum Kampf gegen den Naziansturm bereiten Arbeiter in den Betrieben griff sie auf und riel: "Formiert Hammerschaften in der "Eisernen Front"!" ".... die Gewerkschaftsmitglieder in allen Betrieben, Büros und Dienststellen" bilden "besondere Hammerschaften, die unter der Führung ihrer örtlichen Gewerkschaftsleitungen zusammengefaßt werden. Sie haben die Aufgabe, die von Hitler befohlene "Hib'-Aktion, d. h. die Parole "Hinein in die Betriebe mit dem Faschismus", durch solidarische Abwehr endgültig zum Scheitern zu bringen."

"In der Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen sind alle willkommen, die gewillt sind, ihre ganze Kraft für die Ziele der "Eisernen Front" einzusetzen." So heißt es im Aufruf zur Bildung der Hammerschaften in der "Gewerkschaftszeitung", Nr. 8, vom 20. Februar 1932.

Ueber die Ziele der "Eisernen Front" heißt es in dem schon erwähnten Aufruf vom 25. Januar 1932: "Die "Eiserne Front' ist keine Parteisache.... Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar." "Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten "Eisernen Front' muß jeden Godanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken."

Die Aufrufe eind ihrem Inhalt nach also so, daß jeder sozialistische Arbeiter, gleichviel welcher Partei er angehört, ihnen folgen kann. In Wirklichkeit sind aber auch die Hammerschaften in den Dienst der Wahlpropaganda für die SPD gestellt worden, wie die Einmärsche der Hammerschaften bei den SPD-Wahlkundgebungen der "Eisernen Front" in vielen Orten gezeigt haben. In Köln sind darüber hinaus am 18. April die Hammerschaftsmitglieder alarmiert worden. sogar zur Verteilung von SPD-Flugblättern, und in einer Gruppenführer-Sitzung der Hammerschaften in Köln am 11. April wurde mitgeteilt, daß man in den Hammerschaften zwar alle Gewerkschaftsmitglieder aufnehme, aber als Gruppenführer seien nur Genossen geeignet, über deren freundliche Stellung zur SPD kein Zweisel bestehe. Die Hammerschaften sind zum Unterschied von der "Eisernen Front" rein gewerkschaftliche Einrichtungen. Was die SPD mit ihnen getrieben hat, ist Mißbrauch der Hammerschaften für die Parteipolitik der SPD. Es ist die Pflicht jedes Kollegen, gegen diesen Mißbrauch aufzutreten.

Gesinnungsterror im SPD-Konzern.

Darüber hinaus scheut die SPD auch nicht vor dem übelsten Gesinnungsterror zurück. Vermöge ihrer herrschenden Stellung in den Massenorganisationen und deren Unternehmungen kontrolliert sie etwa 300 000 Arbeiter- und Angestelltenposten. So wie Großagrarier ihre Landarbeiter zu reaktionärer Stimmabgabe nötigen, so wurden Angestellte auch in den Gewerkschäften genötigt zur Einzeichnung für die "Eiserne Front". Darüber hinaus wurden ihnen auf Grund zentral gefaßter Beschlüsse Beiträge von 20 Mark und darüber vom Gehalt abgezogen. Eine Nichteinwilligung hätte baldige Entlassung zur Folge, deshalb wird niemand von uns die Nennung der vergewaltigten Kollegen verlangen.

Ein besonderes Kapitel unerhörten Gesinnungsterrors ist die "Werbearbeit", die die SPD vielfach bei Angestellten innerhalb der Gewerkschaften und anderen überparteilichen Organisationen für die SPD leistet, auch wenn diese Angestellten die SPD aus Ueberzeugung ablehnen. Als z. B. ein angestelltes Gewerkschaftsmitglied (das nicht der SP angehört) in einer SPD-Versammlung für die Wahrung der parteipolitischen Neutralität in den Gewerkschaften gesprochen hatte, erfolgten unmittelbar darauf bei dem Vorgesetzten des Betreffenden Vorstellungen nicht mißzuverstehender Art, die ihr Ziel aber nicht erreichten, da der betreffende Vorgesetzte ein ordentlicher Kollege ist.

Wir werden in der nächsten Nummer zeigen, warum die SP sich so eng an die Gewerkschaften klammert, und was dagegen getan werden kann.

Die Einladungen für Lausanne.

England hat im Auftrag der sechs einladenden Staaten: England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Japan Einladungen zu der am 16. Juni stattfindenden Lausanner Abrüstungskonferenz an die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Polen, Griechenland, Portugal, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien übermittelt.

Australien setzt sich zur Wehr.

Lang abgesetzt.

Der Generalgouverneur von Neu-Südwales entließ das Kabinett Lang wegen Ungehorsem gegen die bundesstaatlichen Finanzgesetze und beauftragte Stevens, den Führer der Vereinigten Australienpartei, mit der Bildung einer vorläufigen Regierung.

Der Ministerpräsident Lang von Neu-Südwales hatte bekanntlich auf eigene Faust die Zahlungen eingestellt, zu denen der Staat Neu-Südwales durch die australischen bundesstaatlichen Gestze verpflichtet war,

Von Sense und Dreschflegel zum Mähdrescher.

Rationalisierung schafft Arbeitslosigkeit! Diese irrige Meinung sitzt heute in den Köpfen vieler Menschen. Wenn wir nachstehend ein besonders aktuelles Beispiel dafür geben, wieviel Arbeitsstunden durch Rationalisierung gespart werden können und welche ungeheure Kostensenkung durch eine zweckmäßigere Arbeitsgestaltung erreicht werden kann, so nicht etwa, um vor der Rationalisierung zu warnen. Die Vorteile solcher Ersparnis an Arbeitszeit und an Kosten, wie sie zum Beispiel durch die Einführung des Mähdreschers in den USA erzielt worden sind, können die Unternehmer für sich allein nur ausnutzen in einem Wirtschaftssystem, in dem sie Monopolisten sind.

In einer von Monopolen freien Wirtschaft, in der sozialistischen Marktwirtschaft, wird der Rationalisierungsgewinn teils durch die Konkurrenz der Unternehmer untereinander den Konsumenten zu gute kommen in Form von Preissenkungen; teils wird er den Arbeitern zu gute kommen in Form von Lohnerhöhungen

und Arbeitszeitverkürzungen.

Im Fall des Mähdreschers, der infolge der Verschiedenheit des Klimas und der Bodenbeschaffenheit in Deutschland vielleicht nie dieselbe Rolle spielen wird wie in Amerika und der Sowjet-Union, sie jedenfalls heute nicht spielt, hindert die monopolistische Absperrung Deutschlands von dem Weltmarkt die deutschen Konsumenten, an dem Rationalisierungsgewinn teilzuhaben. 🚙

Ueber die Rationalisierung der Erntearbeit in den USA lesen wir in der "Arbeit", Heft 3, vom März 1932:

"Wie verhalten sich nun die Kosten der Erntearbeit bei der Anwendung der verschiedenen Erntemethoden zu einander und welche Wirkung hat der Mähdrescher auf den Arbeitsbedarf ausgeübt?

Die Weizenernte je arce (0,4 Hektar) erfordert, wenn das Getreide mit der Sense gemäht und mit dem Flegel gedroschen wird, 25 bis 40 Arbeitsstunden.

Wenn der Farmer den Bindemäher benutzt und dann das Getreide auf dem Felde maschinell ausdrischt, wird ein Arbeitsaufwand von 4 bis 5 Stunden je acre gebraucht. Um eine weitere Stunde verringert sich der Arbeitsaufwand, wenn der Weizen nur geköpft, nicht der ganze Halm geerntet wird.

Dagegen erfordert die Ernte mit dem Mähdrescher nur noch einen Arbeitsaufwand von drei Viertelstunden, also etwa den 40. bis 50. Teil des Arbeitsstundenaufwandes, den Sense und Flegel Trüher erforderten.

Selbstverständlich ist ein verhältnismäßig großer Kapitalaufwand beim Uebergang von älteren Erntemethoden zum Mähdrescher notwendig, da der Mähdrescher eine sehr komplizierte und kostspielige Maschine ist, die sich auch viel schneller abnutzt als die bisherigen einfacheren Erntemaschinen. Trotzdem sind die Ersparnisse groß. Ein Vergleich des Arbeitsbedarfs und der Erntekosten bei Anwendung verschiedener Erntemaschinen in den Vereinigten Staaten zeigt folgende Uebersicht:

Arbeitsbedarf und Erntekosten unter Verwendung

verschiedener maschinen	im Junte	1920.	
		Köpfer und sta	
	Mähdresche	r Dreschm	aschine
Arbeiterstunden ie acre	0.69	3.8	4.6
Arbeitskosten ja acre in Dollar	1.47	3.86	4.72
Abschreibungen jährlich in Dollar	152	160,66	169.83
Zinsen jährlich in Dollar	37,80	72,—	72,75

Danach betragen bei einer Farm von 500 acres die Erntekosten, auf den acre berechnet.

beim Binder 5,27 Dollar,

beim Köpfer 4.33 Dollar und

beim Mähdrescher 1,85 Dollar.

Die Erntekosten werden also ungefähr gedrittelt. In Kanada ergaben durch sieben Jahre durchgeführte verfahren eine Kostensenkung je acre von 17 auf 91/2 cents je bushel zu Gunsten des Mähdreschers.

In Südafrika sind die Erntekosten durch die Einführung des Mähdreschers laut Schätzungen von 3 Schilling auf 1 bis 13/4 Schilling je 200 Pfund gesenkt worden.

Die Schätzungen über die jetzigen gesamten Produktionskosten für Getreide gehen ziemlich weit auseinander. Früher wurden die Produktionskosten mit 1 Dollar je bushel (27,2 Kilogramm) gleich

154 Mark je Tonne

angegeben. Jetzt werden die Weizenproduktionskosten der Mähdrescher verwendenden Betriebe in den Vereinigten Staaten auf 40 cents je bushel, das heißt

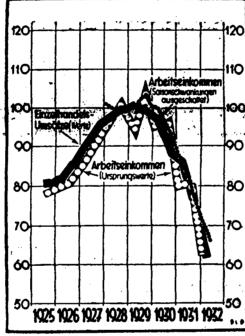
60 Mark je Tonne

geschätzt. Zu diesen niedrigen Produktionskosten können aber nicht alle Getreidefarmen das Getreide liefern. Im Durchschnitt aller zur Bedarfsdeckung notwendigen Getreidefarmen dürfte anzunehmen sein, daß die Produktionskosten ungefähr 60 cents je bushel, also rund 90 Mark je Tonne betragen. Diesen Farmpreisen entspricht ungefähr ein amerikanischer Börsenpreis von 80 cents je bushel gleich 120 Mark, da zu dem Farmpreis noch 20 cents für Frachten hinzukommen."

Nach der "Arbeit" entspricht diesem Preis unter Berücksichtigung der Frachtkosten ein Weizenpreis von 130 bis 140 Mark in den europäischen Einfuhrhäfen. Der Weizenpreis beträgt heute, dank der Zollpolitik, in Berlin 270-280 Mark.

So wird den deutschen Konsumenten der Vorteil der Rationalisierung durch Staatseingriffe vorenthalten. Eine gerade im Hinblick auf die Krisenüberwindung wichtige Steigerung der Massenkaufkraft wird verhindert. Wie

Niedrige Arbeitseinkommen. Niedrige Einzelhandelsumsätze.



Die enge Abhängigkeit der Einzelhandelsumsätze von der Summe der Arbeitseinkommen wird für Deutschland in dem obenstehenden Schaubild augenfällig dargestellt. Die beiden Linien liegen fast übereinander. Die Interessen der Ladenkaufleute und sonstigen Kleinhändler, der Fertigwarenindustrie und der Bauern laufen also durchaus in derselben Richtung wie die Interessen der Arbeiter und Angestellten: Stärkung der Massenkaufkraft ist für alle diese Gruppen die gegebene Forderung.

Daß neuerdings die Einzelhandelsumsätze nicht ganz so stark wie das Arbeitseinkommen zurückgegangen sind, ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Ersparnisse in vermehrtem Umfange zu Einkäufen herangezogen

Die fortschrittlichen Pfefferminzbauern.

Wir entnehmen dem Bericht des Reichsverbandes der Arzneipflanzenbauer, Gruppe Rheinpfalz, die folgenden Ausführungen über den Zusamenschluß der Pfefferminzanbauer in der Pfalz:

"Im Dezember 1930 erfolgte in München die Gründung des Reichsverbandes der Arzneipflanzenbauer. ... Ueber die Ziele des Verbandes und die bisher geleistete Arbeit kann

folgendes berichtet werden:

Es ist klar, daß die Grundlage für eine richtige Belieferung der Abnehmer eine Standardisierung der Qualitäten der einzelnen Jahrgänge und Drogenpflanzenarten voraussetzt. Aus diesem Grunde strebte der Verband eine Vereinigung der Erzeuger seines Gebietes an, die ihm auch gelang. Heuto sind von 600 Pflanzern 547 der Organisation angeschlossen. ... Die Standardisierung der Ware beginnt durch satzungsgemäße Verpflichtung der angeschlossenen Pflanzer zur Durchführung einzelner Maßnahmen bereits auf dem Felde. Die bindenden Vorschriften beeinflussen:

1. Wahl des Bodens,

- 2. Wahl des Pflanzenmaterials,
- 3. Standortweite der Pflanze,
- 4. Düngung, 5. Erntemethoden.

6. Herstellung der Ware, 7. Trocknung des Produktes. ..."

Der Verband Rheinpfalz hat "ein Lager in Speyer erstellt (etwa 2000 qm Bodenfläche). Die gesamte Ware der Mitglieder muß satzungsgemäß auf dieses Lager angeliefert werden. Diese Anlieferung geschieht über Sammelstellen in den einzelnen Gemeinden. Bei Anlieferung dort wird etwa nicht passende Ware bereits durch den Ortsgruppenführer

bei der Verwiegung der einzelnen Partien zurückgewiesen. Sofort bei Anlieferung im Lager geschieht durch eigens hierzu bestellte und vorgebildete Personen eine Bonitierung (Feststellung der Güte) der einzelnen Anlieferung, und zwar nach Punktsystem. Die Bonitierung wird schriftlich niedergelegt und bildet nicht allein einen Maßstab für die Bewertung der Ware, vielmehr gestattet sie, dem Pflanzer genau zu sagen, welche Fehler seiner Ware anhaften, und welche Maßnahmen zur Verbesserung derselben durchzuführen sind. Mitglieder, die den Anordnungen des Verbandes nicht Folge leisten, werden ausgeschlossen. ...

Der Verband Rheinpfalz wird nächsthin auf Genossenschaftsbasis gestellt werden. Die Mitglieder sind zur Abliesorung des gesamten Ertrages ihrer Anbausläche ver-

"Keine deutschen Eier!" Sind Juden oder Junker schuld?

Unter der Ueberschrift "Keine deutschen Eier!" ver-öffentlicht der "Rote Adler", das Organ des Gaues Branden burg der NSDAP, am 10. Mai folgendes:

"Es wird uns mitgeteilt, daß ein Volksgenosse in der großen Berliner Butterhandlung in Steglitz, Bismarck straße 72-73 zehn deutsche Eier kaufen wollte. Man bot ihm dänische und holländische Eier an. Auf seine ausdrückliche Frage, ob er denn nicht deutsche Eier haben könne, wurde ihm geantwortet, daß das Geschäft keine doutschen Eier führe. Deutsche Eier seien im Einkauf zu teuer'.

Es wird uns weiter berichtet, daß ein Parteigenosse in zwölf großen Berliner Eierhandlungen deut sche Eier verlangte. Sämtliche Firmen hatten nicht ein einziges deutsches Ei auf Lager.

Das ist bezeichnend für den heutigen Wirtschaftsunsinal Ein Bauer schreibt uns heute einen Brief, in dem er sich bereit erklärt, für 3,5 Pfennig große frische Landeier zu verkaufen, aber keine Firma nehme sie ihm ab. Schuld an dieser katastrophalen Lage und an diesen ungeheuerlichen Zuständen trägt zum großen Teil der fast ausschließlich in jüdischen Händen liegende Eiergroßhandel.

Jeder Deutsche aber wird nun erst recht in jeder Eierhandlung deutsche Eier verlangen."

Wir nehmen an: Jeder Arbeiter, der nicht zur Partei der Toren gehört, wird billige Eier verlangen.

Die einzige Frage, die für Arbeiter und Bauern interessant ist, lautet: Warum sind die ausländischen Eier in Deutschland billiger als die deutschen Eier? Doch darum weil die großgrundbesitzerfreundliche Agrarpolitik die Futtermittelpreise dermaßen in die Höhe getrieben hat, daß die deutschen Geflügelzüchter, wenn sie bestehen wollen wohl oder übel höhere Preise verlangen müssen. Um einen Zentner Futtergerste bezahlt zu machen, mußten die Hühner 1931 in Deutschland 169 Eier legen, in Holland dagegen nut 89 Eier.

Um die Beantwortung dieser interessanten Frage und um die noch interessantere Antwort drückt sich die NSDAP herum, indem sie von ihren Anhängern verlangt, auf alle Fälle die deutschen Eier zu kaufen - und damit die groß grundbesitzerfreundliche Agrarpolitik zum Schaden der Ar beiterschaft nach Möglichkeit zu unterstützen. Die in Grunde großagrarische Propaganda wird verdeckt durch die gemeine Lüge, die Juden seien daran schuld, daß die deut schen Eier nicht verkauft werden. Daran sind nicht die Juden schuld, sondern die Blüte der teutschen Rasse: die ost elbischen Junker.

Aus der Weit der Autos.

Schweiz. Die einzige schweizerische Personenwage Fabrik, die neue Automobil AG Martini, hat sich infolge de ständig weiterschreitenden Absatzverringerung entschlossen, ihren Berrieb vorläufig einzustellen. Eine Liquidation des Unternehmens ist jedoch nicht beabsichtigt.

Sowjetunion. Auch die Automobilfabrik der Sowjetunion in Nischninowgorod ist vorübergehend geschlossen worden. Diese Maßnahme soll auf Unzulänglichkeit in der Leitung zurückzuführen sein. Der Sekretar des Betriebs-Partei-Komitees und mehrere Leiter von Werk-Abteilungen wurden ab gesetzt. Wie verlautet, soll trotz der technisch großzügigen Ausrüstung dieses Werkes die Erfüllung des Produktione programms für die kommenden Jahre nicht möglich sein. Die Schließung dieser Fabrik dürfte auch auf die kürzlich is Wladimir geründete russische Fabrik für Autozubehör und Meßinstrumente eine Ruckwirkung haben.

(Nach dem "Motor-Tourist".)

Grammophone und Schallplatten.

In Deutschland ist nicht nur der Inlandsabsatz, sonder auch die Ausfuhr von Grammophonen und Schallplatten außer ordentlich stark zurückgegangen. Die Vergleichung einige Ziffern für die Ausfuhr im ersten Vierteljahr der Jahre 1929 bis 1932 ergibt folgendes erschreckende Bild:

Ausfuhr von Grammoph.	1929	1930	1931	1932
(in Stuck): Insgesamt	79629	73304	29554	8901
davon nach:	3561	6584	2718	1192
Großbritannien	2640	7051	3021	468
Norwegen und Schweden	9286	5883	2633	946
Oesterreich	5888	6499	1314	300
Schweiz	2779	3152	1316	315
Argentinien	9407	5109	1789	64
Ausfuhr von Schallplatten (in Stück):			,	•
Insgesamt	3193	3552	1944	1568
Tschechoslowakei	314	514	146	83
NiederlIndien	293	155	103	59

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

			Berliner Wocher	Jenseits. Hamburg unverzoll		
			8.5.—13.5.	Vorwoche.	Voriahr.	13. 5.
Weizen Roggen Braugerste Futtergerste Hafer Weizenmehl Roggenmehl	•	•	27,46 20,54 18,57 18,17 16,65 34,77 26,75	27,40 19,98 19,05 18,25 16,56 34,77 26,72	28,55 19,56 23,70 19,91 36,43 27,63	10,37 8,98 - 9,95 7,96